

Twelve Stars Initiative, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Twelve Stars

Philosophen schlagen einen Kurs für Europa vor



Twelve Stars Initiative, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Twelve Stars

Philosophen schlagen einen Kurs für Europa vor

Übersetzt aus dem Englischen von Joachim Helfer, Karola Klatt
und Kai Schnier

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

© 2019 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Joachim Fritz-Vannahme, Bertelsmann Stiftung
Marco Meyer, Twelve Stars Initiative
Redaktion: Marco Meyer, Joachim Helfer, Ralf Grötter
Herstellung: Sabine Reimann
Grafikkonzept: Heike van Meegdenburg
Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke
Umschlagabbildung: deponde-stock.adobe.com
Abbildungen: Mentz, Universität Hamburg (Seite 158)
Die Rechte der übrigen Portraitfotos liegen bei den Autorinnen und Autoren.
Illustrationen, Infografiken und Layout: Martin Karcher, www.mak76.de
Druck: BoD – Books on Demand, Norderstedt
ISBN 978-3-86793-877-8 (Print)
ISBN 978-3-86793-878-5 (E-Book PDF)
ISBN 978-3-86793-879-2 (E-Book EPUB)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort	7
---------	---

Europäische Solidarität

Philippe Van Parijs: Die Eurodividende	13
Lisa Herzog: Betriebe sollten von Arbeitnehmer/innen geführt werden und die EU sollte solche neuen Formen der Unternehmensführung fördern	23
Juri Viehoff: Der Europäische Gedenktag	33
Nicholas Vrousalis: Für eine EU-weite 35-Stunden-Woche	45

Europas Geld

Peter Dietsch: Die Europäische Zentralbank sollte die Verteilungseffekte ihrer Geldpolitik berücksichtigen	57
Clément Fontan, Joakim Sandberg: Die Europäische Union soll sich mehr um ihre Einwohner/innen kümmern als um die Banken	67
Gabriel Wollner: Ein dreifaches Hoch auf die Finanztransaktionssteuer	75
Jens van 't Klooster: Ein unidentifiziertes parlamentarisches Objekt für die Eurozone	83
Marco Meyer: Die EU sollte anhaltende Handelsbilanzüberschüsse innerhalb des Euroraums bestrafen	93

Europas Regeln

Mara-Daria Cojocaru: Die Europäische Union sollte Massentierhaltung bis 2030 abschaffen	105
Ingrid Robeyns: Für eine EU-weite Klimasteuer auf den Flugverkehr	117
Kalypso Nicolaidis: Nachhaltige Integration als demokratische Herausforderung – ein Hoffnungsschimmer für die EU	127
Kasper Lippert-Rasmussen: Die EU und Altersdiskriminierung: Schafft die Zwangspensionierung ab!	139

Europa und die Welt

Cécile Fabre: Warum die EU eigene Streitkräfte aufbauen sollte	151
David Rodin: Nur aufgrund der Menschenrechte dürfen EU-Mitglieder bewaffnete Gewalt anwenden	161
Peter Niesen, Markus Patberg: Den Brexit umkehrbar machen	171
Mark Alfano: Die EU steht in der Verantwortung, den vom Klimawandel am schwersten betroffenen Inselstaaten zu helfen	181
Boudewijn de Bruin: Die EU ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Frieden	189

Europas Verfassung

Rainer Forst: Toleranz in der Europäischen Union	201
Miriam Ronzoni: Das Europaparlament sollte nach transnationalen Listen gewählt werden	211
Richard Bellamy: Nationale Parlamente sollten mehr Einfluss auf die Entscheidungen der EU haben	221
Jakub Kloc-Konkołowicz: Die konzentrischen Kreise der Solidarität – oder wie lässt sich das Europäische mit dem Nationalen versöhnen?	231
Helder De Schutter: Die EU sollte eine Sprachakademie für europäisches Englisch errichten	241
Matthew Braham, Martin van Hees: Der Entwurf der Freiheit: Einheit in Vielfalt	253
Die Twelve Stars Initiative	262

Vorwort

Die zwölf Sterne in der EU-Flagge stehen für Europas Einheit in Vielfalt. Kurz vor den Europawahlen 2019 sind die Europäer jedoch entlang nationaler, ideologischer und kultureller Trennlinien gespalten. Die Twelve Stars Initiative gründet auf der Hoffnung, dass allgemeinverständlich formulierte philosophische Gedanken und Argumente einen konstruktiven Dialog in Gang zu setzen vermögen. Sie können uns helfen, in den Kontroversen über die Europäische Union das Gemeinsame und Verbindende zu entdecken. Philosophinnen und Philosophen diskutieren, was die auf kurzfristige Zustimmung angewiesenen Politikerinnen und Politiker oft nur ungern ansprechen: die langfristigen Weichenstellungen für die Zukunft, die seit geraumer Zeit nur noch auf europäischer Ebene getroffen werden können.

Über zwei Dutzend politische Philosophinnen und Philosophen aus allen Teilen Europas machen Vorschläge, was Europa in nächster Zeit tun sollte. Jeder Beitrag gründet auf politischer Philosophie. Entgegen dem verbreiteten Vorurteil vom Denker im Elfenbeinturm beziehen die Beitragenden zum Twelve Stars Projekt klare Standpunkte zu konkreten politischen Fragen. Jeder Essay macht einen kühnen Vorschlag, den Europa sofort umsetzen könnte. Das Ergebnis sind 24 originelle und zum Nachdenken anregende Essays, die neue Ideen und Lösungen zu den aktuellen politischen Entscheidungen vorstellen, denen sich Politikerinnen und Politiker und Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union heute gegenübersehen.

Twelve Stars ist dabei nicht einfach eine Sammlung von Essays politischer Philosophinnen und Philosophen, sondern zugleich ein neues Format, in dem sich die Zivilgesellschaft im politischen Diskurs Gehör verschafft. Die Autorinnen und Autoren sprechen nicht als Fachleute oder Politikberaterinnen und Politikberater, sondern als Bürgerinnen und Bürger, die wie alle anderen einen bestimmten beruflichen Blickwinkel haben, in ihrem Fall eben den der Philosophie. Diese bestimmte Art, auf die Welt zu sehen, zeichnet sich durch ihre normative Ausrichtung aus. Alle Beiträge sind Teilantworten auf dieselbe umfassende Frage: Wie wollen wir in Europa leben?

Die jeweiligen Vorschläge haben wir zunächst einer besonderen Prüfung unterzogen, die wir den Teufelsadvokatentest nennen: Jeder Vorschlag wurde in einer eigenen Onlinedebatte vorgestellt und kritisiert, an der sich jeder beteiligen konnte, der oder die mit den Autorinnen und Autoren diskutieren wollte. Diese Onlinedebatten wurden von uns zusammengefasst und nach der Struktur der vorgebrachten Argumente analysiert. Diese Auswertungen wurden den Autorinnen und Autoren vor Ausarbeitung ihrer Essays mit der Bitte um Beachtung zur Verfügung gestellt. Leser, die überprüfen wollen, wie die Philosophinnen und Philosophen mit diesen Einwänden umgegangen sind, können dies tun, indem sie die Onlinedebatte im Netz nachlesen. Ein Link dazu findet sich am Ende jedes Essays. Für einen raschen Überblick haben wir zusätzlich die jeweils treffendsten Einwände in Schaubildern zusammengestellt.

Für diesen Teufelsadvokatentest haben wir das Onlineforum „Change my View“ benutzt. Es zeichnet sich durch eine bewährte Kultur des begründenden Debattierens aus sowie durch eine Funktion, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dafür belohnt, andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu gebracht zu haben, ihre Meinung oder Ansicht zu verändern. Für die zusammenfassende Übersicht am Schluss jedes Essays haben wir die Kommentare aus der Onlinedebatte danach sortiert, ob sie sich auf die Machbarkeit, die Nützlichkeit oder die Risiken des jeweiligen Vorschlags beziehen.

Herausgekommen ist weit mehr als eine Sammlung philosophischer Essays zur Zukunft der Europäischen Union. Im Anhang zu jedem Essay findet man eine Auswahl kritischer Kommentare sowie den QR-Tag zur vollständigen Diskussion. Ein Link verweist auf eine von uns recherchierte Übersicht, wie der jeweilige Vorschlag sich dazu verhält, was derzeit in der europäischen Politik tatsächlich geschieht, einschließlich laufender Gesetzgebungsverfahren. Auch diese Recherche stand den Autorinnen und Autoren zur Verfügung, bevor sie ihre Beiträge für diesen Band verfasst haben. Vor allem aber haben sie dabei die Onlinedebatte berücksichtigt, sodass sie in den Texten auf viele dort erhobene Einwände eingehen.

Die Twelve Stars Initiative und die Bertelsmann Stiftung danken der Universität Hamburg und der Heinrich-Böll-Stiftung für ihre Unterstützung der deutschen Ausgabe dieses Buches.

Marco Meyer

Twelve Stars Initiative

Joachim Helfer

Twelve Stars Initiative

Joachim Fritz-Vannahme

Senior Advisor, Programm Europas Zukunft

Bertelsmann Stiftung

Christian Kastrop

Director, Programm Europas Zukunft

Bertelsmann Stiftung

Europäische Solidarität

Philippe Van Parijs

Die Eurodividende



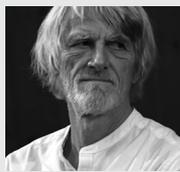
Vorschlag

Die EU sollte jedem legalen Bewohner der Europäischen Union oder der Eurozone ein moderates Grundeinkommen zahlen, das durch die Mehrwertsteuer finanziert wird.

Begründung

Die Überweisung einer Eurodividende wäre sinnvoll, um Ungleichgewichte

zwischen EU-Ländern zu beheben. Eine Eurodividende würde die Anreize für EU-Bürger, aus ärmeren Ländern fortzugehen, mindern. Eine Eurodividende würde außerdem EU-Staaten helfen, mit dem Druck auf ihre Wohlfahrtsysteme fertig zu werden, der durch den freien Grenzverkehr von Kapital, Personen, Waren und Dienstleistungen entsteht. Letztlich würde eine Eurodividende den Bürgern auch die Vorzüge einer EU-Mitgliedschaft deutlich machen.



Philippe Van Parijs, geboren in Brüssel, Belgien. Professor an der Katholischen Universität Löwen, Belgien, wo er den Hoover-Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialethik begründet hat.

Kritisieren ist leicht und unsere höchst unvollkommene Europäische Union (EU) ist eine dankbare Zielscheibe. Konkrete Verbesserungsvorschläge zu machen, ist sehr viel schwieriger. Hier ist einer: schlicht, radikal und doch genauso vernünftig wie dringlich.

Ich schlage eine *Eurodividende* vor. Sie besteht darin, jedem rechtmäßigen Einwohner der EU – oder zumindest jener Länder, die den Euro als Währung nutzen oder zugesagt haben, dies zu tun, sobald sie die Voraussetzungen dafür erfüllen – ein bescheidenes Grundeinkommen auszuzahlen. Die Idee ist es, jedem Einwohner ein einheitliches und bedingungsloses Mindesteinkommen zu geben, das nach Belieben durch Arbeitsentgelte, Kapitaleinkünfte und Sozialleistungen aufgestockt werden kann. Die Höhe könnte entsprechend der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten von Land zu Land variieren. Es könnte auch für ältere Menschen höher sein, für jüngere niedriger.

Der Begriff „Dividende“ – das „zu Verteilende“ – bezeichnet üblicherweise jenen Anteil eines Gewinns, den eine Aktiengesellschaft an ihre Aktionäre ausschüttet. Die Eurodividende kann als die Verteilung eines Teils der Gewinne der wirtschaftlichen Integration Europas an die Gesamtbevölkerung verstanden werden. Ich schlage vor, dafür die Mehrwertsteuer zu nutzen. Um allen Einwohnern der EU eine durchschnittliche Eurodividende von 200 Euro pro Monat auszahlen zu können, müsste man die Mehrwertsteuer EU-weit um ungefähr 20 Prozentpunkte erhöhen, was knapp 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU entspräche.

Europa ist anders als die USA; deshalb brauchen wir die Eurodividende

Das sind happige Beträge. Warum benötigen wir ein so beispiellos großes Projekt? Im Folgenden werde ich vier Gründe anführen, von denen der dringlichste die anhaltende Krise in der Eurozone ist. Warum kommen die USA seit Jahrhunderten mit einer Einheitswährung gut zurecht, obwohl sich die amerikanischen Bundesstaaten stark unterscheiden und sich wirtschaftlich ganz unterschiedlich entwickeln, während die Eurozone schon nach einem Jahrzehnt am Rande des Zusammenbruchs stand? Warum haben die Vereinigten Staaten die Schäden der Finanzkrise mehr oder minder überwunden, während Europa noch immer unter ihr leidet? Ökonomen wie Milton Friedman und Amartya Sen haben uns immer wieder gewarnt: Vor der Einführung des Euros konnten europäische Staaten den Druck nur einseitig auftretender wirtschaftlicher Schocks oder von Land zu Land unterschiedlich verlaufender Entwicklungen durch das Sicherheitsventil der Wechselkursanpassung ablassen. Europa fehlen jedoch die beiden abfedernden Mechanismen, die den Vereinigten Staaten seit jeher als Ersatz für dieses Sicherheitsventil dienen.

Einer dieser Puffer sind die Wanderungsbewegungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten. Der Anteil der US-Bürger, die in einem bestimmten Zeitraum von einem in den anderen Bundesstaat ziehen, ist ungefähr sechsmal höher als der Anteil der EU-Bürger, die ihren Wohnsitz in einen anderen EU-Mitgliedstaat verlegen. Europäer mögen zwar mit jeder Generation ein wenig mobiler werden. Inwieweit wir erwarten – oder auch hoffen – können, diesen ersten Ausgleichsmechanismus zu verstärken, wird durch die sprachliche Vielfalt auf unserem Kontinent jedoch eng begrenzt. Athens Arbeitslose werden niemals so mühelos nach München ziehen wie Jobsuchende aus Detroit nach Austin.

Der zweite wirksame Puffermechanismus der Dollarzone besteht aus einem automatischen Länderfinanzausgleich. In den USA wird er im Wesentlichen durch Sozialleistungen erreicht, die überwiegend auf Bundesebene organisiert und finanziert werden. Beide Puffer zusammen bewirken, dass Michigan oder Missouri in Wirtschaftskrisen niemals

in eine Abwärtsspirale geraten könnten wie Griechenland. Die Arbeitslosigkeit wird bei ihnen durch Abwanderung gemildert. Zum anderen führen verringerte Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben dazu, dass ein wachsender Teil dieser Sozialleistungen de facto vom Rest der USA bezahlt wird.

Nach jüngsten Schätzungen beträgt der Umfang dieses automatischen Ausgleichs – je nach angewandter Methode – zwischen 20 und 40 Prozent der Gesamtaufwendungen zur Abfederung des wirtschaftlichen Abschwungs eines Mitgliedstaates. In der EU hingegen wird weniger als ein Prozent dieser Kosten durch Anpassungen der zwischenstaatlichen Transferzahlungen aufgefangen.

Da EU-Bürger ungern auswandern und viele EU-Mitgliedsländer Einwanderer nur widerwillig aufnehmen, taugt Migration als Puffer innerhalb Europas kaum. Umso weniger kann die EU es sich leisten, ohne einen Länderfinanzausgleich auszukommen. Wie sollte er gestaltet werden? Theoretisch lässt sich ein EU-weiter Megawohlfahrtsstaat denken. Doch selbst die wenigen, die derlei für wünschenswert halten, müssen einräumen, dass es kaum je Wirklichkeit werden wird. Dafür sind die Unterschiede zwischen den bestehenden nationalen Sozialstaaten, an denen die Bürgerinnen und Bürger verständlicherweise hängen, einfach zu groß. Benötigt wird vielmehr eine zugleich maßvollere und gröbere, pauschalere Lösung, wie sie eher den Traditionen und Prinzipien der EU entspricht. Wenn unsere Währungsunion überleben soll, müssen wir sie mit neuen Instrumenten ausstatten. Eines davon ist ein Mechanismus, um wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der EU abzufedern; dies kann nur so etwas wie die Eurodividende sein.

Europas Vielfalt verlangt eine Eurodividende

Der zweite Grund, weshalb wir Transferleistungen zwischen den Nationalstaaten benötigen, betrifft die EU als Ganzes. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt des europäischen Kontinents macht es nicht nur teurer und dementsprechend komplizierter für die betroffenen Menschen, von einem Staat in den anderen zu ziehen. Sie schmälert auch

die Vorteile und erhöht die Kosten solcher Wanderungsbewegungen für die davon betroffenen Gesellschaften. Die gesellschaftliche wie wirtschaftliche Eingliederung in die neue Umgebung dauert länger, verlangt Verwaltung und Bildungseinrichtungen mehr ab und schafft länger anhaltende Spannungen als Umzüge zwischen den Staaten der USA. Wenn Migranten aus nicht nur ärmeren, sondern auch sprachlich und kulturell grundverschiedenen Ländern in wohlhabende Metropolregionen ziehen, dann kann das unter der dort ansässigen Bevölkerung den Eindruck einer Invasion wecken. Solche Gefühle als Rassismus anzuprangern, macht sie nicht weniger wirklich oder gefährlich.

Sie verstärken den Drang, Grenzen zu schließen und sowohl die Freizügigkeit als auch Diskriminierungsverbote zurückzunehmen. Die rasche Abwanderung großer Teile der Bevölkerung untergräbt zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftlichen Aussichten in den Herkunftsländern. Es gibt jedoch eine Alternative, die wesentlich weniger Unordnung stiftet: systematische Transferleistungen vom Zentrum in die Peripherie. Sie würden verhindern, dass Menschen, nur um ihren Lebensunterhalt zu sichern, enturzelt würden und Heimat und Verwandte verlassen müssten. Stattdessen könnte die Bevölkerung in den abgebenden wie aufnehmenden Staaten so weit stabilisiert werden, dass die Einwanderung in den Wachstumsregionen besser verkraftet wird und die Abwanderung in den Randregionen weniger Schaden anrichtet. Wenn sie politisch Bestand haben und wirtschaftlich und sozial erfolgreich sein will, muss eine Europäische Union mit Personenfreizügigkeit etwas in der Art einer Eurodividende einführen.

Die vier Freiheiten des EU-Binnenmarkts erfordern die Eurodividende

Der dritte und tiefste Grund für die Eurodividende ist dieser: Die freie Bewegung von Menschen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital über die Grenzen der EU-Mitgliedstaaten hinweg untergräbt deren Fähigkeit, jene Umverteilungsaufgaben wahrzunehmen, die sie in der Vergangenheit einigermaßen gut erfüllt haben. Sie sind nicht länger souveräne Staaten, die ihre Prioritäten demokratisch festlegen und Solidarität

innerhalb ihrer Gesellschaften verwirklichen können. Ohne zwischenstaatliches Transfersystem, mit dem sich wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleichen lassen, zwingt die Freizügigkeit die EU-Staaten, sich mehr und mehr wie Unternehmen zu verhalten: Besessen von ihrer Wettbewerbsfähigkeit, stets besorgt, Finanz- oder Humankapital an die Konkurrenz zu verlieren, bemüht, Sozialleistungen zu kürzen, die keine Rendite versprechen, und alles zu streichen, was Wohlfahrtsouristen oder andere unproduktive Leute anlocken könnte. Es ist nicht mehr die Demokratie, die die Märkte ordnet und die Wirtschaft für ihre Zwecke nutzt. Es ist der Binnenmarkt, der der Demokratie seine Regeln aufdrängt und sie zwingt, der Wettbewerbsfähigkeit die höchste politische Priorität zu geben. Wenn wir unsere unterschiedlichen Weisen, Solidarität zu organisieren, aus dem Würgegriff des steuerlichen und gesellschaftlichen Wettbewerbs lösen wollen, müssen wir einige davon auf ein neues Niveau heben. Die Kraft und die Verschiedenheit unserer Wohlfahrtsstaaten werden dem mörderischen Wettbewerbsdruck nicht standhalten, wenn der europäische Binnenmarkt ohne einen Mechanismus wie die Eurodividende im Hintergrund arbeitet.

Zum Vierten und Letzten wird die EU nur funktionieren, ja in all ihren Dimensionen sogar nur überleben, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen der EU als zulässig empfinden; wenn weder nationale Regierungen noch Privatpersonen sich berechtigt fühlen, sie auf jede nur denkbare Weise zu umgehen. Ein wesentlicher Gesichtspunkt von Legitimität ist es, dass Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, dass die EU etwas Spürbares für sie tut. Für jede und jeden von ihnen, nicht nur für die Eliten, die Macher, die Beweglichen, die in der Lage sind, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, sondern auch für die Unterlegenen, die Zurückgelassenen, die Nichtberufstätigen und Vollzeiteltern. Bismarck festigte die wacklige Legitimität des von ihm vereinigten Deutschen Reichs, indem er die weltweit erste öffentliche Rentenversicherung einführte. Wenn die EU in den Augen der Menschen mehr sein will als eine herzlose Bürokratie, wenn sie als fürsorgliche Union wahrgenommen werden will, mit der sich jedermann identifizieren kann, dann muss sie Wege finden, das vollkommen Beispiellose Wirklichkeit werden zu lassen: eine Eurodividende für alle.

Die Twelve Stars Initiative

Twelve Stars ist die Initiative, einen konstruktiven Dialog zur Zukunft der Europäischen Union anzustoßen. Die Motivation dahinter ist, dass philosophisches Denken und Argumentieren helfen kann, das Verbindende und Gemeinsame in Kontroversen über europäische Politik auszumachen.

Das Twelve Stars Team:

Marco Meyer. Philosoph und Volkswirt. Leverhulme Early Career Fellow an der Universität York. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftsphilosophie und angewandte Erkenntnistheorie.

Joachim Helfer. Schriftsteller und Publizist. Romane, Novellen, Essays. Daneben journalistische Analysen zu Kultur und Politik. Lektor – übersetzt geisteswissenschaftliche Texte aus dem Englischen.

Ralf Grötke. Philosoph und Wissenschaftsjournalist. Projekte zur kollaborativen Recherche und Entscheidungsfindung.

Matthew Braham. Philosoph und Volkswirt. Professor für praktische Philosophie, Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkt ist die Kontaktzone von Philosophie, Politik und Wirtschaft.

Annalena Rehkämper. M. Sc. Global Governance und Ethik am University College London, Studentin im Masterstudiengang Politik, Volkswirtschaft und Philosophie an der Universität Hamburg.

Stefanie Lenk. Kunsthistorikerin und Kuratorin. Postdoc an der Universität Bern. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Rolle von Kunst und Bildsprache in der christlichen Religion des Mittelalters.